



Konzeption der Kommunalen Pflegekonferenz – Rückblick 2022/2023 und Ausblick 2024

„Kommunale Pflegekonferenz Baden-Baden“
„Kommunale Pflegekonferenz BW – Netzwerke für Menschen weiterentwickeln“

1.1 Voraussetzungen, Strukturen und aktuelle Situation vor Ort

1.1.1 Demografischer Wandel stärker als in anderen Kreisen – begleitet durch Fachkräftemangel in Pflegeberufen

Der demografische Wandel ist insbesondere für den Stadtkreis Baden-Baden eine Herausforderung. Die Zahl der Älteren und Hochbetagten wächst stärker als im Landesschnitt und wird nach aktuellen Vorausberechnungen zwischen den Jahren 2015 und 2030 um rund 29 Prozent zunehmen (18 Prozentpunkte mehr als in Baden-Württemberg). In Folge steigt auch der Pflegebedarf in Baden-Baden stärker als in anderen Stadt- und Landkreisen. Die Hochaltrigkeit der geburtenstarken Jahrgänge wird zudem vom Fachkräftemangel im Pflegeberuf begleitet sein.

1.1.2 Hoher Handlungsbedarf – bei parallel veränderten Anforderungen an die Pflege

Die Pflegebedarfsplanung zeigt, dass die vorgehaltenen (stationären) Pflegeplätze in Baden-Baden nicht ausreichen und ein Versorgungsdefizit prospektiv zu erwarten ist. Neben dem stationären Hilfesystem der Pflege ist auch der ambulante Bereich sehr stark ausgelastet und wird aufgrund steigender Nachfragen in den kommenden Jahren noch stärkeren Belastungen ausgesetzt sein.

Eine zunehmende Zahl Pflegebedürftiger bedeutet nicht nur einen quantitativen Anstieg an Pflegeplätzen, sondern auch veränderte Anforderungen an Pflege: Zunehmend werden Angebote eingefordert, die das Selbstbestimmungs- und Teilhaberecht des Einzelnen und der pflegenden Angehörigen umsetzen. Hinzu kommen spezifische Bedarfslagen, die in zunehmender Zahl das bestehende Pflegesystem herausfordern: Wohnungslose Senioren in die Pflege, barrierefreie Quartiere, bezahlbare Pflegeformen, solitäre Kurzzeitpflegeplätze oder gerontopsychiatrische Erkrankungen sind nur beispielhafte Entwicklungen hierfür.

1.1.3 Es braucht weiterhin eine Pflegekonferenz

Baden-Baden stellt mit vier Sozialräumen und 10 Stadtteilen einen Stadtkreis mit vielfältigen Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten dar. Eine umfassende quartiersbezogene Koordinierung und Weiterentwicklung der Pflege- und Unterstützungsangebote unter Einbezug aller bestehenden Hilfesysteme konnte erstmals durch die vorherige Förderphase der KPK sichergestellt werden.

Die Kommunale Pflegekonferenz hat zu einer substanziellen Stärkung der regionalen Pflege beigetragen. Neben dem Aufbau eines regionalen Organes zur Vernetzung und Austausch, konnte durch eine Einbindung vielfältiger Akteure im Vor- und Umfeld der Pflege die Pflegeinfrastruktur weiterentwickelt werden. Hier ist beispielhaft die stadtweite Einführung eines digitalen Beleg- und Buchungssystems für Pflegeangebote zu nennen.

Es zeigt sich deutlich, dass vor der Kommunalen Pflegekonferenz viele Akteure bemüht waren, mit solitären Projekten auf gegebene Herausforderungen (siehe Erstantrag 1.2) zu reagieren. Insbesondere mangelte es an sektorenübergreifenden und koordinierenden Strukturen, die die Vorstellungen und Bedürfnisse von Betroffenen (beteiligungsorientierte Planung) gezielt in den Planungsprozess (Sozialplanung) einfließen lassen, Handlungsempfehlungen formulieren und Synergien durch eine Einbindung angrenzender Hilfesysteme (z.B. offene Sozialarbeit, Ehrenamtliche etc.) ermöglichen. Es bedarf eines verlässlichen Beratungs- und Begleitinstrumentariums auf kommunaler Ebene.

Der Stadtkreis Baden-Baden ist daher, mit Blick auf den umfassenden Erfolg der Pflegekonferenz, um eine Verstärkung der Kommunalen Pflegekonferenz bemüht, um diese notwendig aufgebauten Strukturen aufrechtzuerhalten und weiter ausbauen zu können.

1.1.4 Breites Bündnis für die Fortführung einer Pflegekonferenz und deren Ziele in Baden-Baden

Kommunale Akteure (z.B. Pflegeeinrichtungen, Angehörige, Pflegeschulen) haben sich aus diesen Gründen für eine zwingend notwendige Weiterführung und Aufrechterhaltung der Kommunalen Pflegekonferenz (KPK) und einer aktiven Teilnahme ihrerseits ausgesprochen. Sie sehen in einer KPK eine Chance, quartiersbezogene, intelligente, zukunftsorientierte und unkonventionelle Lösungen für die bevorstehenden Herausforderungen zu finden und umzusetzen. Hierfür bedarf es einer gemeinsamen interdisziplinären Zusammenarbeit aller Akteure aus dem Vor- und Umfeld der Pflege. Es bedarf Strukturen wie der in § 4 des Landespflegestrukturgesetzes verankerten Kommunalen Pflegekonferenzen (KPK).

1.2 Maßnahmen die aus der Förderphase 1 (KPK) weiterverfolgt werden sollen.

Die Kommunale Pflegekonferenz besteht aus drei dauerhaften Organen Plenum, Lenkungsgruppe und Geschäftsstelle. Des Weiteren gibt es mehrere, nach Bedarf einberufene Arbeitsgruppen. Die Organe der Pflegekonferenz sowie die Arbeitsgruppen mit u.g. Themenschwerpunkten sollen weiterverfolgt werden.

1.2.1 Plenum – größtes Organ der Pflegekonferenz.

Das Plenum ist das größte Organ der Kommunalen Pflegekonferenz und ermöglicht (1) einen segmentübergreifenden und themenbezogenen Austausch zwischen Organisationen, Einrichtungen aus dem Vor- und Umfeld der Pflege, pflegenden Angehörigen, von Pflege betroffenen Personen sowie Ehrenamt und Verwaltung. (2) Es legt Fragestellungen fest und beschließt die zu behandelnden Themen. Das Plenum initiiert Arbeitsgruppen und formuliert Handlungsempfehlungen und Maßnahmen gegenüber Politik und Verwaltung und setzt diese unter Einbezug von Verwaltung, Politik und Mitgliedern der Pflegekonferenz um. (Teilnehmer und Mitglieder der Pflegekonferenz siehe Punkt 2.2 *Sicherstellung und Zielerreichung der im Förderauftrag dargelegten Kriterien unter Punkt II - Teilnehmende und Mitglieder der KPK Baden-Baden*).

Die Pflegekonferenz (Plenum) fungiert als vernetztes, beratendes und begleitendes Instrumentarium auf kommunaler Ebene und hat das Ziel, unter Beteiligung aller Akteure des Plenums, leistungsfähige, nachhaltige und quartiersbezogene Unterstützungsstrukturen im Vor- und Umfeld der Pflege zu schaffen.

1.2.2. Arbeitsgruppen

Die Bildung von Arbeitsgruppen haben sich als sehr effektives Instrumentarium erwiesen, um die vom Plenum festgelegten Themen und Fragestellungen zu bearbeiten. (Arbeitsweise der Arbeitsgruppen vgl. 2.1). Im Folgenden werden die Arbeitsgruppen und Themenschwerpunkte der ersten Förderphase der Pflegekonferenz beschrieben, die auch zukünftig weitergeführt werden sollen.

Arbeitsgruppen können gemeinsam durch die Steuerungsgruppe und das Plenum der Pflegekonferenz einberufen werden. Die Arbeitsgruppen werden im Idealfall quartiersbezogen (beispielsweise für einen ausgewählten Sozialraum) beauftragt. Sie tagen bedarfsabhängig und (1) erarbeiten themenbezogenen Empfehlungen bzw. Handlungsoptionen. (2) Stellen Arbeitsergebnisse im Plenum vor, (3) beraten die Verwaltung und Organisationen im Umfeld der Pflege bei Grundsatzfragen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind Grundlage für Empfehlungen des Plenums gegenüber der Verwaltung, Politik und Institutionen im Vor- sowie Umfeld der Pflege. Auch setzen die Arbeitsgruppen Handlungsmaßnahmen, nach erneuter Beauftragung des Plenums, unter Einbezug von Verwaltung, Politik und Mitgliedern der Pflegekonferenz um.

Die Arbeitsgruppen setzen sich aus Mitgliedern des Plenums sowie fachkundigen Dritten zusammen. Themenbezogen werden externe Experten hinzugezogen. Die Einrichtung und Zusammensetzung der Arbeitsgruppen wird durch die Geschäftsstelle umgesetzt. Bei Veränderungen erfolgt eine Information an alle Organe der KPK.

1.2.3 Arbeitsgruppen und Themenschwerpunkte der KPK die fortgeführt werden

Die im Folgenden genannten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppen wurden auf Basis partizipativer Arbeitsprozesse erarbeitet. Die beteiligten Pflegeexperten haben gemeinsam an den Empfehlungen gearbeitet, sie werden von allen Mitgliedern der Kommunalen Pflegekonferenz unterstützt und unter Einbezug von Experten umgesetzt. Die Ergebnisse und Empfehlungen sind nicht endgültig und sollen daher weiterhin verfolgt und verbessert werden.

Hinweis: Zum Teil sollen die bereits vorhanden AGs solitär weitergeführt oder bei Bedarf in die neuen thematischen Schwerpunkte, Zielen und Inhalten der KPK integriert werden (vgl. 2.1)

1. AG „Digitalisierung in der Pflege“ - Digitales Vormerksystem“

Um ein passendes Pflegeangebot wie z. B. einen ambulanten Pflegedienst oder einen Platz in einer stationären Pflegeeinrichtung finden zu können, musste bisher jeder Anbieter im Stadtgebiet einzeln per Brief, E-Mail, Fax oder Telefon kontaktiert werden. Da viele Einrichtungen belegt und Pflegedienste bereits ausgebucht sind, müssen Suchende häufig viele Anrufe tätigen, um eine geeignete Pflege zu finden. Ziel der AG war daher die Implementierung eines flächendeckenden Systems, über das Pflegeangebote, insbesondere freie Pflegeplätze transparent angezeigt und digital angefragt werden können (**Pflegeplätze auf einen Klick – besserfinden.de**). Seit dem 15. Dezember 2021 können in Baden-Baden Pflegeplätze bei Pflegedienstleiter oder Pflegeeinrichtungen usw. (ambulant und stationär) digital von Betroffenen, Angehörigen, Krankenhäusern im Rahmen des Entlassmanagement sowie von Seniorenservicebüros wie z. B. dem Pflegestützpunkt angefragt werden.

Aktuell können auf der Plattform die Kapazitäten von knapp 60 registrierten Pflegeanbietern (z. B. Pflegeheime, Pflegedienste, Tagesstätten) im 10 km-Umkreis von Baden-Baden verzeichnet werden. Dies ist eine Abdeckung von rund 70 Prozent im stationären Bereich und rund 85 Prozent im ambulanten Bereich. Insgesamt sind somit ca. 80 Prozent der Pflegeanbieter im Stadtkreis Baden-Baden am Pflegeplatzmanager angebunden.

Weitere Informationen zum Projekt unter: <https://besserfinden.de/baden-baden>

2. AG „Prävention und Rehabilitation“

Ziel der AG ist, der alternden Gesellschaft frühzeitig mit Prävention und Rehabilitation zu begegnen um Pflege- und Unterstützungsbedürftigkeit zu vermeiden. In der AG werden die Bedingungen für Gesundheitsförderungs- und Präventionsaktivitäten in Lebenswelten von Seniorinnen und Senioren in Baden-Baden analysiert. Zudem werden Konzepte auf ihre Eignung von niedrighschwelligem Präventionsmaßnahmen für die Stadt Baden-Baden und geprüft.

Praxisbeispiel aus der AG: Die AG hat ein niedrighschwelliges Bewegungs- und Präventionsangebot für Seniorinnen und Senioren in Baden-Baden eingeführt, den **„Bewegungspass für ältere Menschen in Baden-Baden“**

Ziel des Passes ist es, dass Seniorinnen und Senioren in ihrem gewohnten Umfeld, in ihrem Zuhause, aktiv werden können. Durch den Erhalt der Fitness sollen Krankheiten und eine Pflege- und Unterstützungsbedürftigkeit vorgebeugt werden. Seniorinnen und Senioren sollen so möglichst lange in ihrem Zuhause selbstständig wohnen bleiben. Hintergrund des Passes ist, dass mit zunehmendem Alter regelmäßige körperliche Aktivitäten immer wichtiger für ein selbstständiges und mobiles Leben werden und an Bedeutung zunehmen

Weiter Infos sind zu finden unter: <https://www.baden-baden.de/buergerservice/beratung-hilfe/beratung-gesundheit/bewegungspass/>

3. AG „Quartiersentwicklung und Ehrenamt in der Pflege“

Die AG "Quartiersentwicklung und Ehrenamt in der Pflege" hat das Ziel, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen im Quartier zu stärken und das ehrenamtliche Engagement in der Pflege zu fördern. Insgesamt soll die Arbeitsgruppe dazu beitragen, die Lebensqualität von

pflegebedürftigen Menschen zu verbessern, eine bessere Versorgung von älteren und pflegebedürftigen Menschen zu ermöglichen und dazu beitragen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können.

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit verschiedenen Themen wie der Gestaltung von Quartieren, der Förderung von ehrenamtlichem Engagement und der Entwicklung von Konzepten zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen. Ziel ist es, die Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen zu verbessern und die Pflege im Quartier zu stärken. Dabei geht es auch darum, die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen professionellen Pflegekräften, ehrenamtlichen Helfern und verschiedenen Akteuren im Bereich der Pflege zu fördern und Netzwerke aufzubauen. Die Bedürfnisse der pflege- und unterstützungsbedürftigen Menschen werden in den Mittelpunkt gestellt.

Praxisbeispiel der aus AG: Die AG hat u.a. eine Nachbarschaftshilfe „Hilver“ in Baden-Baden eingeführt und etabliert.

„Hilver“ (Hilfe-Vermittlung) ist ein **digitales Helfernetzwerk für ältere, pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen in Baden-Baden**. Insbesondere in Baden-Baden kann seit Längerem beobachtet werden, dass der Altersdurchschnitt ansteigt und es immer mehr ältere, pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen gibt. Parallel steigt der Wunsch, möglichst lange und selbstständig in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben zu können.

Häufig reichen kleine Unterstützungen im Alltag aus, um dauerhaft oder länger im häuslichen Umfeld verbleiben zu können“. Ehrenamtliches Engagement kann in diesem Bereich eine große Entlastung und Unterstützung für Betroffene, Angehörige, aber auch für professionelle Pflegedienste bedeuten, was insbesondere in Stadtteilen mit einer hohen Anzahl älterer Menschen von großer Bedeutung ist. Hier setzt „**Hilver**“ an – ein **digitales Helfernetzwerk**“

Ziel von „Hilver“ ist die automatisierte Vermittlung über eine App zwischen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie pflege- und unterstützungsbedürftigen älteren Personen. **Vermittelt werden in Baden-Baden Unterstützungsleistungen im Alltag in den Bereichen Einkaufen, Geselligkeit, Fahrt, Technik, Haus und Garten, Sonstiges**. Damit die Kategorien auch den Bedarfen und Bedürfnissen der älteren Menschen in Baden-Baden entsprechen, wurde diese vorab gemeinsam mit Experten und Expertinnen ermittelt, diskutiert und festgelegt. Über die unkomplizierte und digitale Vermittlung von einmaligen Hilfen soll zudem ein neues Klientel an ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen angesprochen werden.

Weitere Infos sind zu finden unter: /baden-baden/hilver.de oder unter www.hilver.de

4. AG „Gerontopsychiatrische Versorgung“

Ziel der AG ist die Stärkung der gerontopsychiatrischen Versorgung in Baden-Baden. Die AG beschäftigt sich mit der Frage, welche Angebote und Strukturen es braucht, um die gerontopsychiatrische Versorgung im SK Baden-Baden zukunftssicher gestalten zu können. Unter Einbezug von Expertinnen und Experten werden Handlungsempfehlungen und konkrete Lösungsansätze zur Weiterentwicklung der gerontopsychiatrischen Versorgungsstruktur für den Stadtkreis Baden-Baden erarbeitet.

In Abstimmung mit dem Landkreis Rastatt wurde der quantitative und qualitative Versorgungsbedarf für Menschen mit psychischer Erkrankung bzw. Suchterkrankung in den beiden Kreisen

festgestellt. Dieser Bedarf in die Krankenhausplanung des Landes Baden-Württemberg einzubringen. Im Sozialausschuss wurde anschließend über die zur aktuellen Versorgung berichtet. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung zur Erweiterung gerontopsychiatrischer Beratungsangebote. Ziel ist vor allem der Ausbau und die Stärkung von ambulanten Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen im Stadtkreis Baden-Baden („ambulant vor stationär“).

2. Bitte beschreiben Sie, welchen Schwerpunkt Sie bei der Weiterentwicklung der Kommunalen Pflegekonferenz setzen wollen. Orientieren Sie sich dabei an den im Förderaufruf beschriebenen Kriterien unter Punkt II. und erläutern Sie die aktuelle Situation vor Ort.

2.1 Zukünftige Themenschwerpunkte bei der Weiterentwicklung der Kommunale Pflegekonferenz Baden-Baden

Aktuelle Problemlagen und thematische Schwerpunkte der Pflegekonferenz in Baden-Baden (KPK): Die Herausforderungen und Problemlagen im Umfeld der Pflege sind vielfältig. Eine Befragung unter relevanten Akteuren und Zielgruppen lässt für Baden-Baden, unter Berücksichtigung der aktuellen Situation mehrere aktuelle Herausforderungen erkennen (Erstantrag Abschnitt 1.1 – 1.4). Diese stellen die zukünftig zu bearbeitenden thematischen Schwerpunkte der kommunalen Pflegekonferenz dar:

Themenschwerpunkt 1: „Fachkräftemangel und Nachwuchskräfte in der Pflege“

Ziel ist, Lösungen und Strategien zu entwickeln, um den Mangel an qualifizierten Pflegekräften zu beheben und den Bedarf an Nachwuchskräften zu decken. Die Arbeitsgruppe wird sich mit verschiedenen Themen befassen, wie z.B. der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Erhöhung der Attraktivität des Pflegeberufs (z. B. bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende und Mitarbeitende), der Förderung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten (u. a. Stärkung der vorhandenen Pflegeschule in Baden-Baden, Erweiterung der Angebote für Sprachkurse für Fachkräfte in der Pflege) sowie der gezielten Ansprache von potenziellen Nachwuchskräften, dies ist insbesondere in Baden-Baden mit der hohen Dichten an Schulen eine sehr vielversprechende Handlungsoption.

Auch soll die Zusammenarbeit mit (Pflege-) Schulen, Universitäten, anderen Bildungseinrichtungen sowie mit Arbeitgebern und Verbänden in der Pflegebranche in Baden-Baden gestärkt werden, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Das Ziel ist es, langfristige und nachhaltige Maßnahmen zu entwickeln, um den Fachkräftemangel in der Pflege zu beheben und die Qualität der Pflege langfristig zu sichern.

Themenschwerpunkt 2: „Ausbau des Ehrenamts, Gewinnung von Ehrenamtlichen für Angebote im Vor- und Umfeld von Pflege“

Die Arbeitsgruppe zum Thema "Ausbau des Ehrenamts, Gewinnung von Ehrenamtlichen für Angebote im Vor- und Umfeld von Pflege" hat das Ziel, die Unterstützung und Betreuung von pflegebedürftigen Menschen zu verbessern, indem sie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer gewinnt und fördert. Die Arbeitsgruppe möchte die Bedeutung des Ehrenamts in der Pflege

hervorheben und die Zusammenarbeit zwischen professionellen Pflegekräften und Ehrenamtlichen stärken. Ehrenamtliches Engagement kann in diesem Bereich in Baden-Baden eine große Entlastung und Unterstützung für Betroffene, Angehörige, aber auch für professionelle Pflegedienste bedeuten. Insbesondere in Baden-Baden kann seit längerem beobachtet werden, dass der Altersdurchschnitt ansteigt. Etwa 30 % der Bevölkerung in Baden-Baden ist über 65-Jahre. Tendenz steigend. Durch diese Entwicklung wird es immer mehr ältere Menschen geben und damit voraussichtlich auch immer mehr pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen.

Die Inhalte der Arbeitsgruppe umfassen unter anderem die Identifikation von Bedarfen und Bedürfnissen von pflegebedürftigen Menschen sowie die Entwicklung von passenden Angeboten für Ehrenamtliche im Vor- und Umfeld von Pflege. Hierzu zählen beispielsweise Besuchsdienste, Begleitung bei Arztbesuchen oder Einkäufen, Unterstützung bei der Freizeitgestaltung / Geselligkeit. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Gewinnung und Schulung von Ehrenamtlichen. Die Arbeitsgruppe möchte aufzeigen, wie man Menschen für ein ehrenamtliches Engagement in der Pflege gewinnen kann und welche Qualifikationen und Kompetenzen hierfür erforderlich sind. Hierbei sollen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen und Versicherungsfragen berücksichtigt werden. Zudem soll die Arbeitsgruppe den Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren im Bereich der Pflege fördern und Netzwerke aufbauen. Hierzu zählen beispielsweise Pflegeeinrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden oder auch lokale Vereine und Initiativen. Insgesamt soll die Arbeitsgruppe dazu beitragen, das Ehrenamt in der Pflege zu stärken und somit die Lebensqualität von pflegebedürftigen Menschen zu verbessern sowie professionelle Pflegedienstleister weiter zu entlasten (vgl. 1.2 „Projekt Hilver“).

Themenschwerpunkt 3: „Ausbau und Vernetzung von quartiersnahen Pflege- und Unterstützungsstrukturen und Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen“

Die Unterarbeitsgruppe (UAG) "**Ausbau und Vernetzung von quartiersnahen Pflege- und Unterstützungsstrukturen**" hat das Ziel, die Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen in ihrem Wohnumfeld zu verbessern. Die Arbeitsgruppe wird sich mit verschiedenen Themen befassen, wie z.B. der Entwicklung von Konzepten für eine bedarfsgerechte Versorgung, der Förderung von ambulanten Pflege- und Betreuungsangeboten sowie der Schaffung von niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten. Die Arbeitsgruppe wird auch die Zusammenarbeit mit Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften und anderen Akteuren vor Ort suchen, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Das Ziel ist es, eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen zu gewährleisten und die Selbstständigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern.

Die UAG „**Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen**“ setzt sich dafür ein, dass die Beratung in der Pflege transparenter und verständlicher wird. Dazu sollen die verschiedenen Beratungsangebote besser aufeinander abgestimmt und vernetzt werden. Auch die Qualifikation der Beraterinnen und Berater soll verbessert werden, um eine hohe Qualität der Beratung sicherzustellen. Ein weiteres Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Beratung stärker auf die individuellen Bedürfnisse der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen auszurichten. Dazu sollen die Beratungsangebote flexibler gestaltet werden und auch alternative Beratungsformen wie Online-Beratung oder Telefonberatung angeboten werden. Insgesamt geht es der Arbeitsgruppe darum, die Beratungsstrukturen in der Pflege bedarfsgerechter, transparenter

und qualitativ hochwertiger zu gestalten, um pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine bestmögliche Unterstützung zu bieten.

Themenschwerpunkt 4: „Begleitung der digitalen Transformation in der Langzeitpflege.“

Die Arbeitsgruppe zum Thema "Begleitung der digitalen Transformation in der Langzeitpflege" beschäftigt sich mit der Integration digitaler Technologien in die Pflegepraxis. Ziel ist es, die Qualität der Pflege zu verbessern und die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu erleichtern. Die Arbeitsgruppe wird zusammengelegt mit der bereits vorhandenen AG „Digitalisierung in der Pflege“ (bisheriger Schwerpunkt „Digitales Vormerkssystem“) und um o.g. Themenschwerpunkt ergänzt werden. Ziel ist, dass sich die AG dafür einsetzt, dass digitale Technologien in der Langzeitpflege flächendeckend in Baden-Baden eingesetzt werden. Dazu sollen vorab die verschiedenen Technologien auf ihre Eignung für die Pflege geprüft und entsprechend angepasst werden. Auch die Schulung der Pflegekräfte im Umgang mit den Technologien soll verbessert werden.

Ein weiteres Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Kommunikation zwischen Pflegekräften, Patienten und Angehörigen zu verbessern. Dazu sollen digitale Kommunikationsmittel wie Videotelefonie oder Chatfunktionen eingesetzt werden, um den Austausch zu erleichtern und die Pflege transparenter zu gestalten. Insgesamt geht es der Arbeitsgruppe darum, die digitale Transformation in der Langzeitpflege voranzutreiben und die Potenziale digitaler Technologien für die Pflegepraxis zu nutzen. Dabei sollen die Bedürfnisse der Patienten und Pflegekräfte im Fokus stehen, um eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Pflege zu gewährleisten.

2.2 Sicherstellung und Zielerreichung der im Förderaufruf dargelegten Kriterien unter Punkt II.

Beteiligungsorientierte Themenfindung in Baden-Baden

Die Pflegekonferenz Baden-Baden hat das Ziel, eine beteiligungsorientierte Planung und Weiterentwicklung einer leistungsfähigen, nachhaltigen und quartiersbezogenen Unterstützungsstruktur im Vor- und Umfeld der Pflege zu erreichen. Dabei soll nicht nur auf die eigenen Hilfe- und Dienstleistungsangebote im Pflegebereich zurückgegriffen werden, sondern auch sektorübergreifend kooperiert sowie Angebote benachbarter Hilfesysteme einbezogen werden. Die Konferenz soll Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen sowie Organisationen und Institutionen die Möglichkeit geben, bei der Schaffung von altersgerechten Wohn- und Pflegeformen, der Stärkung von Netzwerken und generationengerechter Quartiere sowie bedarfsgerechter (Beratungs-) Angebote *mitzuwirken*. Zu den Aufgaben der Pflegekonferenz zählen daher die Mitwirkung an der Schaffung altersgerechter Quartiersstrukturen, der kommunalen Pflege- und Sozialplanung sowie beim Auf- und Ausbau integrierter Unterstützungs-, Entlastungs- und Vernetzungsstrukturen. Außerdem soll die Konferenz bei Gestaltungs- und Veränderungsnotwendigkeiten im Vor- und Umfeld der Pflege *beraten* und die Beteiligung der Bürgerschaft zu Fragen des Alters und der Pflege sowie zur Sicherung bedarfsgerechter Pflegeangebote *fördern*.

Um relevante und anschlussfähige Themen für die Pflegekonferenz zu identifizieren, wurden Kriterien zur Sicherstellung einer gelingenden Themen- und Aufgabenfindung festgelegt. Dazu

gehören die Einbindung von Experten, ein breites Meinungsbild aus der Praxis, die Identifizierung von Fragestellungen mit praktischer Relevanz und inhaltlicher Anschlussfähigkeit sowie ein mehrstufiger, aber kurzfristiger Findungsprozess. Der Prozess der Themenfindung findet in drei Schritten statt und wird als Kreislaufprozess wiederholt, um eine Kontinuität, Reflexion und Sicherstellung von Bedarf und Bestand neuer relevanter Themen für Baden-Baden frühzeitig zu identifizieren.

Teilnehmende und Mitglieder der KPK Baden-Baden

Mitglieder der Pflegekonferenz sind entsprechend § 4 Abs. 3 LPSG Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen und Einrichtungen, welche die Ziele der KPK für die Stadt Baden-Baden maßgeblich und themenübergreifend voranbringen, insbesondere Entscheidungsträger bzw. Entscheidungsträgerinnen der Verwaltung, der pflegerischen Versorgung, der Kranken- und Pflegekassen und der Wohlfahrtsverbände. Die Anzahl der teilnehmenden Institutionen und Organisationen an der KPK beläuft sich derzeit auf 64 Akteure aus den Bereichen der Wohlfahrtsverbände, Kliniken, Pflegeheimen, Residenzen und Stiften, Pflegediensten, Europäischen Haushaltshilfen, Pflegekassen, Pflegeschulen, Vereinen und Bündnissen. Darüber hinaus können von Pflege Betroffene, deren Angehörigen sowie sachkundige Bürgerinnen und Bürger Mitglied der KPK sein. Vorsitz der Kommunalen Pflegekonferenz hat der Sozialbürgermeister der Stadt Baden-Baden inne.

Interdisziplinäre Netzwerkeinbindung der KPK als ein relevantes Instrumentarium

Die Pflegekonferenz ermöglicht eine sektorenübergreifende Weiterentwicklung der Strukturen im Vor- und Umfeld der Pflege. Aus dieser Zielsetzung ergibt sich zum einen, dass die Mitglieder der KPK möglichst sektorenübergreifend ausgesucht werden, um auch Strukturen benachbarter Hilfesysteme (z.B. offene (Jugend-)Sozialarbeit) aktivieren zu können. Zum anderen sollen bestehende Netzwerke, Kooperationsformate, Institutionen und Organisationen in die Arbeit der KPK eingebunden werden. Hierzu ist die KPK mit allen Ebenen strukturell verankert.

(1) Durch das Plenum sind alle relevanten Akteure aus dem Vor- und Umfeld der Pflege sowie angrenzender Hilfesysteme vertreten. Darüber hinaus sind durch den Pflegestützpunkt, der Ehrenamts-, der Behinderten- sowie dem Suchtbeauftragten, Quartiersmanager, der Wohnungsbaugesellschaft und Ortsvorstehern relevante Multiplikatoren von Seiten der Kreisverwaltung und Kommunalpolitik vertreten.

(2) Die Lenkungsgruppe stellt eine Verzahnung und regelmäßigen Austausch der KPK mit der Verwaltungsspitze sowie der Sozialverwaltung und Sozialplanung sicher.

(3) Die Arbeits- und Projektgruppen ermöglichen durch eine Einbindung sachkundiger Dritter eine weitergehende Verzahnung der KPK mit Fachkräften aus Praxis und Theorie.

Netzwerke (Auswahl):

- Kooperation mit der KGK Rastatt / Baden-Baden
- Pflegestützpunkt
- Pflegebündnis Mittelbaden
- University Victoria Baden-Baden

Prozess und Sicherstellung der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung von Akteuren aus anderen Sektoren bei der KPK Baden-Baden

Die Pflegekonferenz setzt auf bürgerschaftliche Beteiligung als eine tragende Säule. Dabei sind pflegende Angehörige, von Pflege betroffene Personen sowie kundige Bürgerinnen und Bürger der Stadt im Plenum sowie in der Steuerungsgruppe, den Arbeits- und Projektgruppen vertreten. Die Geschäftsstelle wird von einer ehrenamtlichen kundigen Bürgerin unterstützt, die gezielt die Beteiligung der Bürgerschaft bei Fragen des Alters und der Pflege fördert.

Die Kommunale Pflegekonferenz stellt sicher, dass beteiligungsorientierte Themenfindung durch die intensive organisatorische Einbindung engagierter Bürger und Bürgerinnen sowie ehrenamtlicher Organisationen gewährleistet ist. In Zusammenarbeit mit der Sozialplanung des Stadtkreises werden Befragungen unter ausgewählten Zielgruppen durchgeführt, um Themen- und Fragestellungen beteiligungsorientiert zu finden. In jedem Stadtteil gibt es ausreichende Angebote z. B. öffentliche Veranstaltungsformate oder Austauschtreffen, regelmäßige Präsenz von Pflege Themen in verschiedenen Medienformaten, Öffentlichkeitsarbeit um Seniorinnen und Senioren regelmäßig an der Weiterentwicklung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu beteiligen und darüber zu informieren.

Rolle der Kommunalen Pflegekonferenz in den Kommunen im Hinblick auf ihre sozialplanerische Steuerungsfunktion

Die Kommunale Pflegekonferenz hat eine sozialplanerische Steuerungsfunktion und wirkt bei der Quartiersentwicklung sowie der Sicherung und Weiterentwicklung der örtlichen Angebote im Umfeld der Pflege mit. Dadurch wird die Pflegekonferenz zu einem wichtigen Steuerungsinstrument im Bereich der pflegerischen Infrastruktur. In dieser Funktion besteht die Möglichkeit der Schaffung von Projektgruppen, die in Kooperation mit der Sozialplanung empfohlene Maßnahmen umsetzen und gezielt zur Aufgabenerfüllung der Pflegekonferenz beitragen können. Maßnahmenempfehlungen und Arbeitsergebnisse der KPK fließen in Form von Handlungsempfehlungen in die kommunale Pflegeplanung ein. Die KPK nimmt eine beratende Funktion gegenüber der Verwaltung und Politik ein und ermöglicht eine neue Fachlichkeit im Vor- und Umfeld der Pflege. Um diese Zielsetzungen zu erfüllen, wurde ein stetiges Austauschformat zwischen der Kommunalen Pflegekonferenz (Geschäftsstelle) und der Sozialplanung eingerichtet.

Beitrag der Kommunalen Pflegekonferenz zur alters- und generationengerechten Quartiersentwicklung, Quartiersbezug

Die Stadt Baden-Baden setzt sich das Ziel, eine hohe Lebensqualität in allen Lebensphasen zu gewährleisten. Die Kommunale Pflegekonferenz leistet hierzu einen wichtigen Beitrag, indem sie durch ein breites Tätigkeitsspektrum und eine beteiligungsorientierte Themenfindung bei der altersgerechten Gestaltung der Quartiere unterstützt. Es werden Bedürfnisse, Maßnahmen und Angebote formuliert, um Wohnquartiere zu Orten zu machen, an denen Menschen Unterstützung und Beratung finden, ein positives Miteinander aller Generationen gelebt wird, keine Barrieren für gesellschaftliche Teilhabe existieren und ein möglichst langes und selbstbestimmtes Leben aller Menschen in vertrauter Umgebung möglich ist. Soziale Träger wie Anbieter von offenen Angeboten für Senioren sowie Quartiersmanager und Ehrenamtsbeauftragte der Stadt Baden-Baden werden in die Kommunale Pflegekonferenz eingebunden, um einen sektorenübergreifenden Austausch zu den Bedarfen, Handlungsansätzen und Herausforderungen altersgerechter Quartiersentwicklung zu ermöglichen.

Kooperation und strukturelle Verzahnung mit der Kommunalen Gesundheitskonferenz ggfs. vorhandenen Quartiersstrukturen sowie den Koordinierungsstellen für Pflegeberufe

Die Kommunale Pflegekonferenz arbeitet eng mit den Kommunalen Gesundheitskonferenzen zusammen, insbesondere bei Gesundheitsprävention und sektorenübergreifender Versorgung sowie mit den Koordinierungsstellen für Pflegeberufe zur Sicherstellung der Ausbildung in diesem Bereich.

Die Zusammenarbeit erfolgt in struktureller und organisatorischer Form.

Strukturierte Zusammenarbeit:

Bei Frage- und Aufgabenstellungen, die die Themen Pflege sowie Gesundheit betreffen, können gemeinsame (Teil-)Arbeitsgruppen beauftragt werden. Beide kommunalen Konferenzen entsenden Mitglieder. Arbeitsergebnisse fließen in die Kommunale Pflege- sowie Gesundheitskonferenz ein.

Organisatorische Zusammenarbeit:

Die Geschäftsstelle der Kommunalen Gesundheitskonferenz hat einen Sitz im Plenum der Kommunalen Pflegekonferenz.

Die Zusammenarbeit soll Doppelstrukturen vermeiden und eine enge Abstimmung und gegenseitige Berichterstattung sicherstellen. Durch einen regelmäßigen Informationsaustausch wird gewährleistet, dass einzelne Themen nicht von beiden Konferenzen bearbeitet werden und die weitere Arbeit zu einem Thema auf den vom jeweiligen Gremium erarbeiteten Ergebnissen aufgebaut werden kann.

Die Sicherstellung der Nachhaltigkeit und Dokumentation der Ergebnisse und Maßnahmen

Um eine Nachhaltigkeit und Nachverfolgung der Ergebnisse der Kommunalen Pflegekonferenz (KPK) zu gewährleisten, wird eine multimodale Strategie angewendet. Diese umfasst im Wesentlichen drei Punkte:

(1) Die Arbeitsergebnisse der KPK werden jährlich in Form eines Abschlussberichts als Handlungsempfehlung an die Sozialverwaltung weitergegeben. Dadurch wird sichergestellt, dass die Ergebnisse der Konferenz in die kommunale Pflege- und Sozialplanung einfließen und somit auch langfristig Berücksichtigung finden.

(2) Eine Weiterführung eines Plenums konnte durch Aufwendung von Stellenanteilen durch die Sozialverwaltung bis Dezember 2023 sichergestellt werden. Für das Jahr 2024 bewirbt sich der Stadtkreis Baden-Baden für eine weitere Förderphase der Pflegekonferenz. Dadurch kann gewährleistet werden, dass die Arbeit der KPK fortgesetzt werden kann und somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Pflege- und Unterstützungsstrukturen im Vor- und Umfeld der Pflege stattfinden kann.

(3) Die Kommunale Pflegekonferenz überführt erarbeitete Erkenntnisse in Projektgruppen (siehe 1.2.2). Diese können in Kooperation mit der Sozialverwaltung empfohlene Maßnahmen nachhaltig umsetzen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Ergebnisse der Konferenz nicht nur auf dem Papier bleiben, sondern auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden.

Durch diese multimodale Strategie wird eine Nachhaltigkeit und Nachverfolgung der Ergebnisse der KPK gewährleistet und somit eine kontinuierliche Verbesserung der Pflege- und Unterstützungsstrukturen im Vor- und Umfeld der Pflege ermöglicht.

Bitte erläutern Sie das geplante Vorgehen und die geplante Verwendung der Mittel. Bitte greifen Sie auch hier im Förderaufruf unter Punkt II genannte Aspekte auf (ca. 1000 Wörter).

Unter Punkt 1.2 „Maßnahmen, die aus der Förderphase 1 (KPK) weiterverfolgt werden sollen“ sowie unter Punkt 2.1 „Zukünftige Themenschwerpunkte bei der Weiterentwicklung der Kommunalen Pflegekonferenz Baden-Baden“ und unter Punkt 2.2 „Sicherstellung und Zielerreichung der im Förderaufruf dargelegten Kriterien unter Punkt II“, ist das geplante Vorgehen der KPK Baden-Baden ausführlich dargelegt.

Daraus ergeben sich insbesondere für Punkt 1.2 „Maßnahmen, die aus der Förderphase 1 (KPK) weiterverfolgt werden sollen“ folgende veranschlagte Kosten:

- *Das Plenum (vgl. 1.2.1 Plenum – größtes Organ der Pflegekonferenz.)*
Im Förderzeitraum 1.01.2024 – 31.12.2024 soll mind. 1 Plenumssitzung der Kommunalen Pflegekonferenz Baden-Baden stattfinden. Zur Erfüllung der Aufgaben und zur Besetzung der Geschäftsstelle wird wie im Finanzplan aufgeführt folgende Summe veranschlagt 34.700 Euro.
- *Bestehende Arbeitsgruppen und Themen, die weiterverfolgt werden sollen (vgl. 1.2.2. Arbeitsgruppen)*
Zur Fortführung und Weiterentwicklung der bestehenden Arbeitsgruppen sowie zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen und Ergebnisse (z. B. unter Einbezug von Expertinnen oder Experten) werden folgende Kosten veranschlagt: 1.866 Euro.

Für die unter Punkte 2.1 detailliert geschilderten „Zukünftige Themenschwerpunkte bei der Weiterentwicklung der Kommunalen Pflegekonferenz Baden-Baden“ (vgl. Punkt 2.1) werden folgende Kosten veranschlagt:

- *Zur Einrichtungen und Fortführung und neuer Arbeitsgruppen sollen, u. a. unter Einbezug von Expertinnen und Experten sowie Fachreferenten und Fachreferentinnen, Handlungsempfehlungen und Strategien erarbeitet werden, beispielsweise für die Themen „Weiterentwicklung von Quartiersarbeit“ oder „Fachkräftemangel und Nachwuchsgewinnung von Pflegekräften“. Hierfür sind Kosten von 1.866 Euro veranschlagt.*
- *Zur Umsetzung der Ergebnisse und zur Einbringen der Handlungsempfehlung in weiteren Gremien) sowie zur Umsetzung der Ergebnisse unter Leitung der Geschäftsstelle der KPK in Kooperation mit Akteuren und Netzwerkpartnern aus dem Plenum der KPK sind folgende Verwendungen geplant 2.066 Euro.*

Zur „Sicherstellung und Zielerreichung der im Förderaufruf dargelegten Kriterien unter Punkt II“ (vgl. Punkt 2.2) werden folgende Kosten veranschlagt:

- Zur Sicherstellung einer breiten Bürgerbeteiligung sowie zur Gewährleistung der interdisziplinären und sektorübergreifenden Einbindung von Akteuren sollen zu den verschiedenen Themenschwerpunkten regelmäßige Austauschformate und Veranstaltungen für die Öffentlichkeit stattfinden. Hierzu werden Fachreferenten für Fachvorträge, Experten und Expertinnen sowie Moderatoren für Austausch- und Informationsveranstaltungen für Mitglieder des Plenums der KPK sowie für die Öffentlichkeit eingeplant. Geplante Verwendungen sind hierfür 1000 Euro